● UZ-Dokumentation ● UZ-Dokumentation ● UZ-Dokumentation ● UZ-Dokumentation ● UZ-Dokumentation ● UZ-Dokumentation ● UZ-Dokument

Anatomie einer LÜGE

„Die Gefahr aus dem Osten" oder wie ein alter Popanz wieder neu aufgetakelt wird

Von Dr. Horst Rennhack

„Gefahr aus dem Osten" – unser Autor analysiert die Ursachen und die Haltlosigkeit dieser Lüge. Aber in einer Beziehung haben die Ideologen des Kapitals freilich recht mit ihren Theorien der Angst: Gefahr droht dem Imperialismus durch die Beispielwirkung des realen Sozialismus. Noch vor 60 Jahren prophezeiten sie dem ersten sozialistischen Staat der Erde täglich den Untergang, nannten Lenin einen Phantasten. Inzwischen mußten sie sich wohl oder übel von der Stärke der UdSSR überzeugen, mußten hinnehmen, daß die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus für Millionen Wirklichkeit wurden und Millionen im eigenen Machtbereich als Ziel des Handelns dienen. Sie sehen ihre unbeschränkte Herrschaft bedroht. Deshalb scheuen sie vor keiner noch so absurden Verleumdung zurück, um die Massen zu verdummen. Die Geschichte beweist: Auf die Dauer ist diesem Vorhaben kein Erfolg beschieden.

Eine Legende wird krampfhaft am Leben erhalten in der westlichen Welt — die Legende von der „Gefahr aus dem Osten".

In allen Varianten wird sie an den Mann gebracht: Die Sowjetunion werde „immer gefährlicher". Ihre Rüstung laufe „auf Hochtouren". Ihre Panzerverbände könnten „in wenigen Stunden am Rhein stehen". Sätze aus westlichen Massenmedien, gesprochen oder geschrieben, um Zuschauer, Zuhörer und Leser in einen regelrechten „Russenschock" zu versetzen. Da kann dem desinformierten und desorientierten „Durchschnittsbürger" in den NATO-Ländern wirklich das kalte Grauen kommen – und das soll es auch!

Alte Platte – neu aufgelegt

Derart erzeugter Kommunistenschreck ist nun beileibe nichts Neues. Bereits seit der Oktoberrevolution von 1917 geistert das manipulierte Schreckgespenst von der „russischen Bedrohung" durch die Spalten der Monopolpresse. Blenden wir einmal kurz zurück:

In den zwanziger Jahren sollte die Welt durch Schlagworte wie „Sowjetimperialismus" oder „roter Imperialismus" das Gruseln bekommen. Hitler dann „begründete" seinen Überfall auf die UdSSR im Sommer 1941 mit einer angeblich „bolschewistischen Gefahr", vor der er die „Weltzivilisation retten" wolle.

Nach 1945 war diese These von einer „sowjetischen Gefahr" das entscheidende Argument zur Entfesselung des kalten Krieges. Schon in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre verbreitete man die Legende von einer „Bedrohung durch sowjetische Panzerschwärme", die angeblich „bis zum Atlantik vorstoßen" wollen. In den fünfziger Jahren waren es sowjetische Bomber, die zur Kriegspsychose herhalten mußten, und zu Beginn der sechziger Jahre suchte man die Welt mit einer „Raketendrohung" seitens der UdSSR zu erschrekken.

In der Gegenwart führt man alles gemeinsam ins Feld – Panzer, Bomber, Raketen und die Flotte der UdSSR –, um das antisowjetische Feindbild wieder aufzumöbeln. So grotesk es auch anmuten mag – ausgerechnet in den Jahren nach der Sicherheitskonferenz von Helsinki, also in der Periode beginnender Entspannung, werden die Konsumenten kapitalistischer Massenmedien mit nervenaufpeitschenden Stories über östliche „Drohungen" und „Bedrohungen" geradezu überschüttet.

Rüstungsgeschäfte mit der Angst

Aus der Fülle der Beispiele seien nur einige genannt: Am 4. März 1976 trat der USA-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in Washington vor die Presse und behauptete kühn mit Zahlenkolonnen jonglierend, die UdSSR rüste weit mehr und schneller als die Vereinigten Staaten und „gefährde" damit die „freie Welt". Dabei bediente er sich einer CIA-Fälschung, derzufolge die sowjetischen Militäraufwendungen nach „geheimen Informationen" bereits 200 Milliarden Dollar (150,7 Milliarden Rubel) jährlich betragen und unaufhörlich weiter anwachsen würden.

Sie lügen – so schockte Rumsfeld die amerikanische Öffentlichkeit – schon fast doppelt so hoch wie die der USA, die im Wettrüsten immer mehr ins Hintertreffen geraten würden, wenn ... ja, wenn nicht der Rekordrüstungshaushalt des Pentagon von 112,7 Milliarden Dollar für 1977 bewilligt werden sollte. Eine Woche später, am 10. März, konnte Rumsfeld den Lohn der Angst kassieren. Der Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses in Washington bestätigte nicht nur den Pentagon-Antrag, sondern erhöhte den Militäretat für 1977 sogar noch um zwei Milliarden Dollar. Begründung: „Die Regierung hat wiederholt erklärt, daß die Militäraufwendungen der UdSSR steigen, während die der USA sinken."

Das Ganze war aber eine ebenso plumpe wie infame Fälschung! Was die Verteidigungsausgaben der Sowjetunion angeht, so brauchte der CIA darüber keine Geheimdossiers zu verbreiten, da jene Ziffern ja jedes Jahr für jedermann in der Presse veröffentlicht werden. Sie nahmen überdies nicht zu, sondern ab.

Wie konnte die UdSSR – nach CIA-Informationen – 150,7 Milliarden Rubel für Rüstungszwecke ausgeben, wenn – wie Ministerpräsident Alexej Kossygin 1976 auf dem XXV. Parteitag der KPdSU mitteilte – rund 80 Prozent ihres 1975 erwirtschafteten Nationaleinkommens in Höhe von 362 Milliarden Rubel, also 290 Milliarden Rubel, unmittelbar dem Volkswohlstand zugute kommen? Hier auch noch die exakte Zahl: 1975 gab die UdSSR genau 17,4 Milliarden Rubel für Verteidigungszwecke aus. 1978 waren es sogar 200 Millionen Rubel weniger.

Fälschungen und Tricks

Im Chor der Erfinder der „Gefahr aus dem Osten" sind auch Stimmen aus westeuropäischen NATO-Staaten zu hören. Die Londoner „Times" veröffentlichte im Frühjahr 1976, von Lord Chalfont kommentiert, einen NATO-Bericht, wonach die Sowjetarmee einen „Blitzangriff" vorbereitete mit dem Ziel, in 48 Stunden den Rhein zu erreichen.

Die Schreckensbotschaft von einer möglichen „massiven Offensive der Russen" griff bald darauf der Pariser „Figaro" auf. Doch die britisch-französische Presseattacke gegen „die sowjetische Gefahr" brach jäh zusammen: Es stellte sich nämlich heraus, daß ein solcher NATO-Bericht nirgends existierte. Jenes aufregende Papier war in Wirklichkeit ein Manöver-Durchbruch, den der belgische General Close, der an einer NATO-Militärhochschule in Neapel unterrichtete, 1970 einmal übungshalber verfaßt hatte. Das „Dokument" war der „Times" aus Washington zugespielt worden.

USA-Minister Rumsfeld verbreitete Ende März 1976 eine weitere antisowjetische Fälschung. Er behauptete öffentlich, die Sowjetunion habe ihre Truppenstärke in anderen Mitgliedsländern des Warschauer Vertrages um 140 000 Mann erhöht. Und NATO-Oberbefehlshaber General Haig (USA) behauptete im Januar 1977 in der Zeitschrift „U. S. News and World Report", die Sowjetarmee sei gar um eine Million Mann verstärkt worden.

Eine amtliche Richtigstellung

In Wirklichkeit aber ist weder die Gesamtzahl der sowjetischen Streitkräfte noch die Zahl ihrer auf Grund der Bündnisverträge in der DDR oder der Volksrepublik Polen stationierten Divisionen angewachsen. Leonid Breshnew erklärte am 25. April 1978: „Alle sollen wissen, daß die Sowjetunion nicht nur keinerlei aggressive Absichten hegt und keine Kräfte in Europa zusammenballt, um gegen den Westen vorzugehen, sondern daß sie im Gegenteil alles unternommen hat und unternehmen wird, um die Spannung zu mindern und das Einvernehmen zu fördern."

Die Berliner Friedensinitiative der Sowjetunion, die von den Völkern weltweit begrüßten Vorschläge des Genossen Breshnew für Entspannung und Abrüstung zeigten wiederum eindrucksvoll das Ringen der UdSSR und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft gegen Rüstungswahnsinn und imperialistische Kriegspolitik.

Was die immer wiederkehrende Mär von der „bedrohlichen Überlegenheit" der sozialistischen Streitkräfte in Mitteleuropa betrifft, so hat der auf der Wiener Konferenz erfolgte offizielle Austausch amtlicher Zahlen über das beiderseitige Potential auch hier alle gezielten Falschmeldungen wie Seifenblasen platzen lassen.

Bisher haben wir uns mit den Methoden befaßt, die die Erfinder der „Gefahr aus dem Osten" anwenden. Nicht minder aufschlußreich sind aber auch die Zeitpunkte der antisozialistischen „Bedrohungs"-Kampagnen.

Das BRD-Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" gab hierzu die bemerkenswerte Feststellung eines USA-Senators wieder: „Wenn das Verteidigungsbudget auf dem Weg zum Bewilligungsausschuß ist, dann wachsen die Aussagen über die drohende sowjetische Macht wie Blumen im Frühjahr."

Motive der Verleumder

Als wohl prominentesten Zeugen in dieser Sache zitieren wir noch den westdeutschen 4-Sterne-General und stellvertretenden Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, Generalleutnant Schmückle, der recht freimütig bekannte: „In Bündnissen beeinflussen die Militärs die Rüstung durch die Darstellung der Bedrohung. Dadurch kann, wenn die Stärke der Gegenseite übertrieben und zugleich eine unmäßige militärische Antwort empfohlen wird, weiterer Auftrieb für die Rüstung entstehen." (BRD-Zeitung „Die Tat")

Ja, genau das ist eines der Hauptmotive der vielstrapazierten Legende von der „Gefahr aus dem Osten": Sie soll herhalten für die öffentliche Begründung der eigenen profitablen Hochrüstung. Im Volksmund sagt man dazu: „Flucht nach vorn".

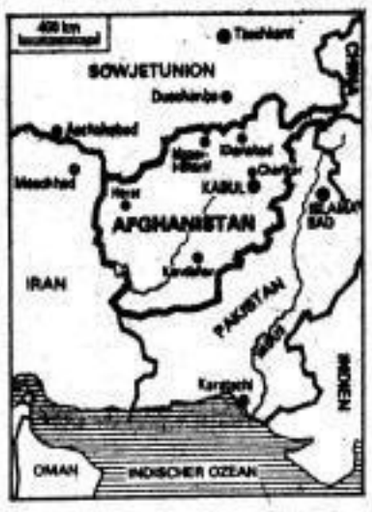
Und es gibt noch ein weiteres innenpolitisches Motiv für die künstlich erzeugte „Bedrohung aus dem Osten". Sie soll psychologisch das Terrain ebnen für die Einleitung einer neuen Runde des Wettrüstens, für die Produktion einer neuen Generation von Massenvernichtungswaffen, wie etwa die Herstellung der besonders barbarischen amerikanischen Neutronenwaffe. Das geschieht nach jener Devise psychologischer Kriegführung, nach der man um so mehr eigene Bürger zur Billigung oder wenigstens zur Duldung noch kostspieligerer Rüstungsaufwendungen bewegt, je schwärzer man den Russenschreck an die Wand malt.

Zum anderen hat die antikommunistische Bedrohungslegende auch ihre außenpolitische Funktion. Sie zielt vor allem darauf ab, die doch so mühsam in Gang gekommene internationale Entspannung zu verteufeln, zu bremsen oder gar wieder in den kalten Krieg umzukehren. Deshalb sollen die vielfältigen Vorschläge sozialistischer Staaten für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung – allein die UdSSR ergriff hierzu seit 1945 weit über 100 Initiativen — in den Augen manipulierter Menschen unglaubhaft gemacht und so Vorbehalte gegen die Politik friedlicher Koexistenz aufgebaut werden.

(Fortsetzung folgt)

Aufbruch am Hindukusch

Afghanistan, der zentralasiatische Staat am Hindukusch, eines der ärmsten Länder der Welt, ist in eine neue Etappe seiner Revolution eingetreten. In einer Situation, da das Land von imperialistischer Einmischung sowie von reaktionären Kräften im In- und Ausland bedroht wurde, hat ein Revolutionsrat unter der Führung von Babrak Karmal die Macht übernommen, um die Ideale der Aprilrevolution von 1978 zu verteidigen und zu verwirklichen. Afghanistan befindet sich in einem neuen Aufbruch.



Die imperialistischen Massenmedien, allen voran die der USA und der BRD, fabrizieren als Stimme ihrer Herren erneut die gemeinsten Lügen, stellen die Wahrheit – wie gewohnt – buchstäblich auf den Kopf. So verfälschen sie die Geschehnisse in Afghanistan dergestalt, als würde das afghanische Volk seit Beginn der Revolution verelenden. Tatsache aber ist, daß die Aprilrevolution 1978 erste Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben der Afghanen schuf: Bodenreform, Streichung der Schulden von Millionen Bauern, Hirten und Handwerkern, Verbot des Brautkaufes, Gleichberechtigung der Frau, Errichtung von 500 Schulen (90 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten), Wohnungsneubau für Obdachlose usw.

Die Imperialisten behaupten, seit dem Sturz Amins würden Tausende unschuldiger Menschen verfolgt, gequält und ermordet. Tatsache ist, daß Amin, der sich als Agent der USA-Imperialisten entpuppte, Tausende Patrioten und Revolutionäre verfolgen, einkerkern, foltern und umbringen ließ.

Nach seinem Sturz haben sich für Tausende die Kerkertore geöffnet.

Die größte Lüge der Imperialisten aber ist, daß die Sowjetunion das afghanische Volk überfallen hätte, um es seiner Freiheit zu berauben, um es auszubeuten.

Einmischung und Hilfe

Die Aprilrevolution 1978 leitete die Befreiung des afghanischen Volkes ein. Die Einmischung des Imperialismus der USA, Großbritanniens, Pakistans und der chinesischen Machthaber stärkte die Konterrevolution, die Feinde des Volkes mit dem Ziel, den reaktionären feudalkapitalistischen Staat wiederherzustellen.

Die revolutionäre Regierung in Kabul bat daraufhin mehrfach die Sowjetunion um Hilfe, um die von den Imperialisten ausgerüsteten und eingeschleusten Mordbanden zu zerschlagen (seit 1978 gibt es einen Freundschaftsvertrag zwischen Afghanistan und der UdSSR).

Warum hetzen sie?

Was also regt die Imperialisten so auf? Wieso diese maßlose antisowjetische Hetze?

1. Durch die afghanische Revolution brach ein weiteres Land aus dem Herrschaftsbereich des Imperialismus heraus.

2. Afghanistan unter der Herrschaft des Imperialismus sollte Militär- und Spionagestützpunkt gegen die Sowjetunion werden, um die Einkreisung der UdSSR zu verstärken. Von Afghanistan aus wollte man gegen den Iran konterrevolutionären Druck ausüben. Kein Wunder, daß die Imperialisten aller Länder aufheulen. Die sowjetische Hilfe macht einen Strich durch ihre verbrecherischen Pläne.

3. Mit den Lügen über Afghanistan und über die gewährte Hilfe soll die Weltöffentlichkeit von den Raketenbeschlüssen der NATO abgelenkt werden. Wenn etwas den Frieden, die Sicherheit, die Menschlichkeit bedroht, dann sind das die Pershing-II-Raketen, die Cruise Missiles, die sogenannten Eingreiftruppen, die in den USA für verbrecherische Eingriffe in das Schicksal der Völker der Welt gedrillt werden. So wird die Jahrhundertlüge ständig wiederholt: Die Sowjetunion bedrohe den Frieden!

Und deshalb muß die Rüstung der NATO verstärkt werden. Die Imperialisten hoffen, den Kampf der Völker gegen die Produktion neuer Massenvernichtungsmittel in den USA, der BRD und anderen imperialistischen Staaten einzuschläfern.

Wir sehen nach Afghanistan, weil sich dort der Fortschritt einen Weg bahnt. Wir sehen aber auch nach Washington, nach Brüssel, nach Bonn, wo der Frieden aufs Spiel gesetzt wird, wo gelogen wird, wo die doch so altbekannte imperialistische Politik gemacht wird gegen die Völker der Welt!

Leonid Breshnew sprach uns aus dem Herzen

In unseren Diskussionen zu Beginn des neuen Jahres wurden von den FDJlern vor allem folgende zwei Fragen diskutiert: „Welche Chancen hat die Friedenspolitik in Europa" und „Warum mußte die Sowjetunion gerade zu diesem Zeitpunkt Hilfe leisten". Für uns ist es besonders wichtig, daß von Genossen Breshnew gerade auf diese Fragen eindeutige und ermutigende Antworten gegeben wurden.

Wir FDJ-Studenten unterstützen voll die Maßnahmen der Sowjetregierung zur Unterstützung der demokratischen Kräfte Afghanistans und die solidarische Haltung unserer Regierung. In der Mehrheit der FDJ-Gruppen fanden Versammlungen statt, in denen der Artikel L. N. Breshnews Diskussionsgrundlage war. Wir werden die intensive Auswertung des Artikels auch in den nächsten Tagen in allen anderen Gruppen weiterführen.

Die Jugendfreunde der 76/06/02 brachten in ihrer Diskussion zum Ausdruck, daß es in der gegenwärtigen Situation eine wichtige Aufgabe für jeden darstellt, die feste Geschlossenheit um die Politik der SED und hohe Verteidigungsbereitschaft zu erreichen und so den kriegstreiberischen Kräften des Imperialismus eine Abfuhr zu erteilen. Als wichtig erachten wir die Haltung der friedliebenden Kräfte in den kapitalistischen Ländern. Wir FDJler meinen, daß uns Genosse Breshnew bei der Beantwortung der Fragen aus dem Herzen gesprochen hat.

Die FDJ-Studenten der Sektion Chemie

Ein Ausdruck der Ohnmacht

Der USA-Imperialismus setzt im Bunde mit den imperialistischen, reaktionären Kräften anderer Staaten, insbesondere der BRD, den Weltfrieden aufs Spiel. Das ist zweifellos ein Ausdruck der Ohnmacht, mit der er unserer Entwicklung zuschauen muß. Er versucht mit Gewalt, die sozialistische, antiimperialistische Entwicklung rückgängig zu machen, die ihre historische Überlegenheit nachgewiesen hat. Sein Verhalten gegenüber der solidarischen Hilfe der UdSSR für Afghanistan ist nur eine Maßnahme neben vielen anderen Schritten, die in diese Richtung zielen.

Die Imperialisten versuchten, das Rad der Geschichte in diesem Land zurückzudrehen und das alte Unterdrückerregime zu restaurieren. Der größte Teil der Bevölkerung war durch dieses Regime zum Analphabetentum verdammt, die durchschnittliche Lebenserwartung lag unter 50 Jahren! Was der USA-Imperialismus mit „Hilfe" meint, ist deutlich geworden, als er Vietnam in die „Steinzeit" zurückbomben wollte.

Hier kann es für uns und für jeden anderen FDJler nur ein klares NEIN geben.

Die direkt gegen Afghanistan gerichteten Maßnahmen sind mit einer drastischen Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes, insbesondere mit der Verleumdung der UdSSR verbunden. Der Haß des Gegners gilt auch uns. Seine Massenmedien überstreichen einen großen Teil unserer Republik, er wird über „menschliche Kontakte" wirksam und besitzt große Erfahrungen.

Wir als FDJler müssen uns besonders jetzt der aktuellen politischen Situation stellen. Der ideologischen Arbeit kommt große Bedeutung zu. Gewonnene Überzeugungen müssen sich natürlich im Handeln widerspiegeln. So diskutieren die FDJ-Gruppen darüber, welche Möglichkeiten dazu bestehen, beispielsweise Solidaritätsspenden, Protestresolutionen, ROA-Bereitschaftserklärungen,

W. Prescher, AO-Sekretär A/W der GO „Bruno Siegel", Sektion Arbeitswissenschaften

Hinterhältige Pläne durchkreuzt

Wir, die Studenten der Seminargruppe 77/10/05, unterstützen die Hilfe der UdSSR für das afghanische Volk. Durch die militärische Unterstützung konnte die Konterrevolution in Afghanistan zurückgeschlagen werden und der Frieden in diesem Teil der Erde gesichert werden. Die Reaktion der imperialistischen Mächte, besonders der USA, ist ein Beweis dafür, daß ihre reaktionären Pläne in diesem Raum durch die internationalistische Hilfe der Sowjetunion durchkreuzt wurden. Die UdSSR läßt sich durch die USA nicht erpressen. Durch eine Rückkehr zum kalten Krieg ist das Rad der Geschichte nicht zurückzudrehen. Wir verurteilen die reaktionären Maßnahmen des Präsidenten der USA und fordern, seine gefährlichen Beschlüsse zu revidieren.

Aus Afghanistans bewegter Geschichte

Um 1750
Befreiung von der Feudalherrschaft und Errichtung des afghanischen Feudalstaates

1838
Großbritannien erobert Afghanistan

1841
Volksaufstand gegen die britischen Kolonialherren. Die Briten müssen das Land verlassen.

1878
Zweiter Eroberungskrieg Großbritanniens. Afghanistan wird unterworfen.

1918/19
Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland löst in Afghanistan einen Volksaufstand unter Khan Aman Ullah aus. Die britischen Truppen werden vertrieben.

27. 5. 1919
Die Sowjetregierung erkennt die Unabhängigkeit Afghanistans an.

9. 8. 1919
Großbritannien muß die Unabhängigkeit Afghanistans anerkennen.

1921
Freundschaftsvertrag zwischen Afghanistan und Sowjetrußland. Die UdSSR leistet bedeutende finanzielle und technische Hilfe.

1929
Die Feudalreaktion unter Schah Nadur erobert die Macht, stürzt Emir Ullah.

1965
Die Demokratische Volkspartei Afghanistans wird gegründet. Taraki wird Generalsekretär. Die Partei kämpft in der Illegalität.

1973
Sturz der Monarchie. Ausrufung der Republik. Ein Verwandter des Königs wird Präsident. Die Großgrundbesitzer behalten die Macht.

27. 4. 1978
Beginn der Revolution unter Führung Tarakis. Die Demokratische Republik Afghanistan wird ausgerufen. Taraki wird Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident.

Die Konterrevolution beginnt. Die Gutsbesitzer und reaktionäre Geistliche rüsten Mordbanden aus. Dörfer werden niedergebrannt. Mitglieder der Demokratischen Volkspartei werden überfallen und ermordet. Bauern, die Bodenreformland übernehmen, wird gedroht, ihnen die Hände abzuhacken.

6. 12. 1978
Freundschaftsvertrag zwischen Afghanistan und der Sowjetunion

1978/79
Die USA, Großbritannien, China und Pakistan rüsten Söldnerbanden mit modernsten Waffen aus. Diese Banden werden in Pakistan ausgebildet und von dort aus gegen das revolutionäre Afghanistan in Marsch gesetzt. Die Sowjetunion und Afghanistan fordern die Regierungen der USA, Großbritanniens, Chinas und Pakistans auf, ihre Einmischungen einzustellen, ihre bewaffneten Banden zurückzurufen.

September 1979
Die Gruppe um Amin stürzt Taraki, ermordet ihn, errichtet ein Terror-Regime, läßt Tausende Anhänger Tarakis verhaften und ermorden. Amin erweist sich als Agent der USA-Imperialisten. Die konterrevolutionären Banden von außen und von innen erobern Teile Afghanistans. Die Unabhängigkeit Afghanistans gerät in ernste Gefahr.

27. 12. 1979
Die wahren Revolutionäre (Anhänger Tarakis) stürzten Amin, wählen Karmal zum Generalsekretär der DVPA und zum Vorsitzenden des Revolutionsrates.

28. 12. 1979
Hilfeersuchen des Revolutionsrates an die Sowjetunion. Dringende Bitte um Hilfe im Kampf gegen die vom Ausland eingeschleusten Banden. In begrenzter Stärke werden Einheiten der Sowjetarmee nach Afghanistan entsandt.

NATO: Gier nach nuklearem Übergewicht

Wir FDJler der Seminargruppe 75/05/TTP, Sektion Physik, haben mit tiefer Befriedigung die grundlegenden Ausführungen Leonid Breshnews in seinem Interview für die „Prawda" vom 12. Januar 1980 zur Kenntnis genommen. Wir verfolgen schon seit längerer Zeit die intensiven Bemühungen aller reaktionären Kräfte, insbesondere der imperialistischen Mächte unter Führung der USA, die Fortschritte der Entspannungspolitik in Frage zu stellen sowie eine ausgewogene Einschränkung und Reduzierung der Rüstungen und die nationale und soziale Befreiung weiterer Völker zu verhindern.

Wir unterstützen vorbehaltlos die Darlegungen L. Breshnews zur Entwicklung in Afghanistan und bringen unsere Solidarität mit diesem Volk zum Ausdruck. Wir wenden uns entschieden dagegen, die sowjetische militärische Hilfe, die dem Land friedliche Bedingungen für die Lösung seiner inneren Probleme sichert, zu verleumden, verlogen darzustellen und als Vorwand zu benutzen, die schon seit längerem eingeleiteten weltweiten aggressiven Machenschaften des US-Imperialismus zu legitimieren. Gerade angesichts der anmaßenden Politik politischer und ökonomischer Repressalien seitens der USA gegenüber der Sowjetunion, aber auch gegenüber eigenen Bündnispartnern zeigt sich die negative Haltung des Imperialismus gegenüber Frieden, Sicherheit und Fortschritt der Menschheit.

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden http://digital.slub-dresden.de/id250664135-19800000/16